



Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands unter Führung von Präsident Putin auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in der Energiepolitik müssen alle Handlungsoptionen zur sicheren Energieversorgung und zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten insbesondere von Russland auf den Tisch.

Die Grundsatzentscheidungen stehen fest: Klimaneutralität bis 2045 als deutscher Beitrag zum UN-Klimaübereinkommen, Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung. Der Weg zu einer klimaneutralen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung führt national über den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. Da wir als einziges Industrieland der Welt gleichzeitig aus Kohle und Kernenergie aussteigen, wird neben der Brückentechnologie Gas Wasserstoff immer wichtiger. Die aktuelle Situation stellt uns bei der Energieversorgung vor die Herausforderung: Sicherheit sowie Souveränität in der Versorgung, Klimaschutz und Kosteneindämmung bei den extrem gestiegenen Energiepreisen. Die Regierung muss hier jetzt handeln: Für die Energiesouveränität brauchen wir einen klaren Fahrplan und zur Entlastung benötigten Bürgerinnen, Bürger und Betriebe Sofort-Maßnahmen.

Die stark gestiegenen und in Folge der russischen Invasion in die Ukraine absehbar weiter steigenden Energiekosten belasten die Verbraucher sowie die deutsche Wirtschaft und Kommunen enorm. Eine warme Wohnung, die Stromnutzung im Alltag und die Wege zur Arbeit dürfen kein Luxus sein. Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben.

Mitte Februar 2022 haben wir mit unseren Vorschlägen zur „Bekämpfung der Explosion bei den Energiepreisen“ die Bundesregierung aufgefordert, unter anderem die EEG-Umlage vorzeitig abzuschaffen, die Entfernungspauschale auf 38 Cent je Kilometer anzuheben und den Einkommensteuer-Tarif an die Inflation anzupassen. Einige unserer Forderungen wie die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage oder die Erhöhung der Entfernungspauschale hat die Bundesregierung mittlerweile aufgegriffen. Doch das reicht nicht. Die Bundesregierung muss eine Energiestrategie für Deutschland vorlegen. Die Preise sind in der Zwischenzeit weiter stark angestiegen. Die Bundesregierung muss auch unsere weiteren Forderungen schnell umsetzen. Um dem aktuellen Preisanstieg entgegenzuwirken, muss der Steueranteil bei Kraftstoffen um etwa 40 Cent sinken.

Um das zu erreichen hat die Unionsfraktion Vorschläge für weitere Entlastungen vorgelegt, die insbesondere über die beschlossenen Entlastungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer hinausgehen. Die Bundesregierung ist gefordert, jetzt schnell nachzulegen, denn die Kostenexplosion bei den Energiepreisen hält weiter an.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



per Video richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit einem eindringlichen Appell an den Bundestag. Alle Welt könne sehen, so Selenskyj, dass die Ukrainer frei leben und sich nicht einem anderen Land unterwerfen wollen. In diesen Stunden und Tagen gebe es unzählige wahllose Angriffe der russischen Truppen auf Zivilisten und Soldaten.

Selenskyj warf aber auch Deutschland in seiner Rede vor, zu enge wirtschaftliche Kontakte zu Russland unterhalten zu haben, auch noch, als sich der Angriffskrieg bereits andeutete. Er forderte von Deutschland ganz klar ein höheres Engagement bei der Unterstützung in diesem Krieg mitten in Europa.

Der ukrainische Präsident hat gestern mehr als deutliche Forderungen an die Bundesrepublik gestellt, über die in diesem Moment nicht einfach hinweggegangen werden hätten können. Ich bin entsetzt, dass die Ampel-Mehrheit der beeindruckenden Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj keine Aussprache über die Situation in der Ukraine und unsere Unterstützungsmaßnahmen folgen hat lassen, sondern einfach zur Tagesordnung mit innenpolitischen Themen übergegangen ist. Ich finde das vollkommen unangemessen.

Das Parlament, aber auch die Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung auf die Rede und die Bitten Selenskyjs reagieren, zumal Bundeskanzler Scholz unmissverständlich angesprochen wurde.

Sich wieder zu verstecken und keine Position zu beziehen ist billig und beschädigt die Rolle Deutschlands in der Welt nachhaltig.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon



Mit einem Impfvorsorgesetz jetzt auf den weiteren Pandemieverlauf vorbereiten

Bundestag debattiert Antrag von CDU/CSU für ein Impfvorsorgesetz

Der Deutsche Bundestag hat am gestrigen Donnerstag verschiedene parlamentarischen Initiativen zur Impfpflicht beraten, unter anderem auch den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein Impfvorsorgesetz. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings:

„Auch ein Vierteljahr nach dem ersten Bekenntnis von Bundeskanzler Olaf Scholz zu einer zügig einzuführenden, allgemeinen Impfpflicht fehlt jede Positionierung der Bundesregierung zu dieser zentralen Frage der Pandemiebekämpfung. Zerrissenheit durchzieht die gesamte Corona-Politik der Ampel-Koalition.

Gegen die jetzige Einführung einer allgemeinen Impfpflicht sprechen vor allem zwei Gründe: Erstens käme sie in der aktuellen Omikron-Welle zu spät. Zweitens können wir heute nicht absehen, ob die derzeit verfügbaren Impfstoffe gegen künftige Varianten schützen. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer solchen Impfpflicht ist daher mehr als fraglich. Aber wir müssen jetzt die Vorbereitungen dafür treffen, um im weiteren Pandemieverlauf bei Bedarf schnell und eindeutig darüber entscheiden zu können, ob wir eine Impfpflicht brauchen und welche Personengruppen betroffen sein werden. Wir müssen daher jetzt unsere Impfinfrastruktur stärken und ein nationales Impfreister aufbauen.

Die Regierung wäre gut beraten, sich endlich Ihrer Verantwortung zu stellen und unserem Vorschlag zu folgen, ein Impfvorsorgesetz zu beschließen.“

Foto: Tobias Koch



Blendwerk in Zahlen

Haushaltssituation deutlich schlechter - Entwürfe sind nur reine Camouflage für verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik

Das Kabinett hat am Mittwoch den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 und die Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2023 und des Finanzplans bis 2026 beschlossen. Dazu erklärt Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Der Haushalt ist geschönt und auf Sand gebaut. Einem ehrlichen Realitätscheck hält er nicht stand. Dies gilt sowohl für die geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 99,7 Mrd. Euro für den Bundeshaushalt 2022 als auch für die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2023 und die in Aussicht gestellte Einhaltung der Schuldenbremse. Diese Zahlen sind letztlich nur reines Marketing. Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Die Koalition läuft den aktuellen Entwicklungen hinterher. Schon jetzt ist angekündigt worden, dass für den Bundeshaushalt 2022 über einen Ergänzungshaushalt nachgesteuert werden muss. Ein Novum dabei ist, dass die Vorlage eines Ergänzungshaushalts noch vor der Verabschiedung des eigentlichen Regierungsentwurfs durch das Kabinett angekündigt wurde. Es ist absehbar, dass infolge des Ukrainekriegs viele Positionen falsch oder im Zweifel noch gar nicht veranschlagt sind. So sind die Steuereinnahmen deutlich zu hoch angesetzt, Ausgabe-positionen wie Kosten für die Flüchtlinge sind bisher noch nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der richtigen Schwerpunktsetzung. Statt 60 Mrd. Euro verfassungswidrig in den Energie- und Klimafonds für Klimazwecke zu stecken, sollte lieber Geld zur Bekämpfung einer aufziehenden Rezession, zur Stimulierung der Wirtschaft sowie zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen aufgewendet werden. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2022 spiegelt nicht die aktuellen Notwendigkeiten sowie die Sorgen und Nöte der Menschen und Unternehmen wider.

Es wird Zeit, dass die Regierung die richtigen Prioritäten setzt und nicht den Eindruck erweckt, es ließe sich Alles finanzieren.“

Foto: Tobias Koch

Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2022,
18. März 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck